

Medienkonferenz

Wirtschaft für Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes

Mittwoch, 6. Januar 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Standortvorteile nicht gefährden

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Der gemeinsame Auftritt der Wirtschaftsdachverbände, der Pensionskassen und der Arbeitnehmervertreter der Vorsorgeeinrichtungen zeigt, dass das JA zur Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes breit abgestützt ist. Wir müssen dafür sorgen, dass unser Sozialsystem finanzierbar bleibt. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer können Finanzierungslücken beim BVG verantworten. Darum müssen wir jetzt handeln. Die zweite Säule muss für alle Generationen sicher und fair sein.

Die Schweiz zählt auf ein verlässliches und bewährtes 3-Säulen-System. Das zeigt auch der internationale Vergleich. Während beispielsweise in Deutschland und Grossbritannien in erster Linie der Staat die Altersvorsorge trägt, stützt sich das 3-Säulen-Modell der Schweiz auf die staatliche, berufliche und private Vorsorge ab. Dieses Prinzip von Solidarität und Eigenverantwortung ist auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz von zentraler Bedeutung. Ungedeckte Rechnungen bei der Altersvorsorge können sich in Zukunft zu sozialer Instabilität und einem gewaltigen Standortnachteil entwickeln. Will die Schweiz wettbewerbsfähig bleiben, muss sie das bewährte 3-Säulen-Prinzip sichern. Davon profitieren vor allem auch die Arbeitnehmer, denn eine mehrfach abgestützte Altersvorsorge bietet mehr Verlässlichkeit und Sicherheit im Alter.

Für die Bevölkerung, aber auch für den Standort Schweiz insgesamt, ist wichtig, dass wir die 2. Säule rechtzeitig ins Lot bringen. Denn andere Sozialversicherungen sind bereits stark unter Druck geraten. Denken wir nur an die AHV, deren Finanzierung angesichts der Bevölkerungsentwicklung vor grossen Herausforderungen steht. Der Finanzierungsbedarf z.B. bei der Arbeitslosenversicherung, der Mutterschaftsversicherung und auch der Krankenversicherung werden bereits in absehbarer Zeit zu Mehrkosten für die Erwerbstätigen führen. Das auch bei der 2. Säule mutwillig in Kauf zu nehmen wäre verantwortungslos. Denn die demografische Entwicklung hat auch Einwirkungen auf die 2. Säule.

Die eidgenössischen Räte haben sich im Rahmen der BVG-Revision deutlich für die Anpassung des Umwandlungssatzes ausgesprochen. Dieser Schritt ist dringend notwendig, um die 2. Säule langfristig für alle Generationen zu sichern. Die Gegner sprechen von Rentenklau, tatsächlich ist es aber ein Diebstahl an den Erwerbstätigen und der kommenden Generation, wenn der Umwandlungssatz nicht angepasst wird.

Bereits heute stopfen die Erwerbstätigen, wegen der steigenden Lebenserwartung, über den Verzicht auf ihnen zustehende Beiträge das jährliche Rentenloch. Bleibt der Umwandlungssatz zu hoch, wird dieses Loch stetig grösser. Dann kann es nur noch durch zusätzliche Beiträge gestopft werden. Die Zeche zahlen vor allem die Erwerbstätigen und nachfolgende Generationen. Diese Umverteilung ist weder nachhaltig noch fair. Ausserdem spricht auch die Bevölkerungsentwicklung gegen die Mehrbelastung der Erwerbstätigen. Denn während immer mehr Menschen pensioniert werden, rücken immer weniger Erwerbstätige nach.

Wollen wir stärkere Einschnitte der 2. Säule verhindern, müssen wir, weil das Kapital länger reichen muss und das Zinsniveau seit langem niedrig ist, der geplanten Anpassung des Umwandlungssatzes zustimmen. Denn sie ist eine dringend nötige Massnahme für die langfristige Sicherung der 2. Säule.

Sie bewirkt,

- dass anlagepolitisch keine unverhältnismässigen Risiken eingegangen werden;
- dass die Pensionskassen nicht in Schieflage geraten und später ihre Leistungen deutlich nach unten korrigieren müssen;
- dass das bewährte Zusammenspiel von Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat gesichert ist und sich so keine Nachteile aufgrund steigender Sozialabgaben für den Standort Schweiz ergeben;
- dass von den Erwerbstätigen keine höheren Beiträge verlangt werden müssen

Es ist unverantwortlich jetzt nicht zu handeln und in Kauf zu nehmen, dass unsere 2. Säule immer mehr erschwert wird. Es ist unverantwortlich die Erwerbstätigen und die nachfolgenden Generationen für die Löcher aufkommen zu lassen. Wer die Anpassung des Umwandlungssatzes verhindert, betreibt Rentenklau an der kommenden Generation! Diese Wahrheit kann auch mit ideologischen Schlagworten nicht länger ausgeblendet werden.